



**CDU**

*Ihr Kurier des Ortsverbandes Langenhagen!  
im Mai 2009, Ausgabe 107*

**Abitur nach 12 Jahren Schule**

Zur Zeit gibt es heftige Diskussionen und manche Irritationen um das Abitur nach 12 Jahren.

Dieser Beitrag soll ein wenig Licht in das Dunkel und den Wirrwarr der Meinungen und Halbinformationen bringen. Völlig Fehl am Platz ist meiner Ansicht nach der Begriff „Turboabitur“, soll er doch etwas ganz außerordentlich Beschleunigtes andeuten. Das Abitur nach 12 Jahren ist aber in den meisten Ländern Europas und auch in den „neuen Ländern“ Deutschlands der Regelfall; dieser Abiturzeitpunkt ist eines der wenigen „Mitbringsel“ der „neuen Länder“ in den langwierigen Einigungsprozess Deutschlands. Europa und die „neuen Länder“ zeigen uns, dass dies Abitur machbar ist, ohne dass bleibende psychosoziale Schäden bei den Jugendlichen verursacht werden.

Zugegebenermaßen müssen die Lerninhalte in vielen Fällen noch an eine etwas kürzere Schulzeit angepasst werden, aber auch dieser Prozess ist bereits – wenn auch etwas spät – eingeleitet. Das Abitur nach 12 Jahren ist bundesweit durch KMK-Beschluss für alle Länder verbindlich geregelt und wird aus den oben angeführten Gründen ganz sicher nicht wieder auf die bisherigen 13 Jahre Schulzeit zurückgeführt werden. Die Gymnasien sind von den Vorgaben nicht zwingend begeistert – aber die Notwendigkeit wird erkannt und akzeptiert. Die Integrierten Gesamtschulen behaupten, durch die Schulzeitverkürzung

müssten sie von ihrem Grundkonzept, dem „gemeinsamen Lernen“ Abschied nehmen. Das aber sei nicht zumutbar, weil damit die Gesamtschule eben keine Gesamtschule mehr sei. Außerdem sei der damit angeblich verbundene „Schulstress“ ihren Schülern nicht zuzumuten. Die Landesregierung wolle die Gesamtschule mit ihren Plänen „kaputtmachen“.

Geht man die gängigen **Behauptungen** durch, so kann man nur von bewussten Irreführungsversuchen sprechen. Im einzelnen:

**Die integrierte Sekundarstufe I in den Schuljahren 5 bis 10 „werde zerstört“. Dies ist falsch:** Wie bisher findet in den Schuljahren 5 und 6 Pflichtunterricht nur als integrierter Unterricht und in den Schuljahren 7

**Termine**

14.05.09, Stammtisch ab 20 Uhr,  
What's Up

16.05./30.05./06.06.09, Infostände  
zur Europawahl

23.05.09, Hoffest

03.06.09, Wahlveranstaltung mit  
Herrn Balz und Herrn Althusmann

05.06.09, 18 Uhr  
Mitgliederversammlung, 19 Uhr  
Spargelessen (DGH Krw.)

bis 10 integrierter Unterricht in Pflichtfächern mit Ausnahme der Fächer mit Fachleistungsdifferenzierung statt.

**„Gymnasialschülerinnen und -schüler“ würden separiert durch Schulzweige oder die Einführung einer D-Zug-Klasse vermutlich schon ab dem 5. Schuljahrgang, und so seien gemeinsamer Unterricht und Wahlpflichtunterricht nicht mehr existent. Dies ist falsch:** In den Schuljahren 5 bis 9 ist ein Wechsel zwischen den Kursen mit verschiedenem An-

forderungsniveau je nach Leistungsvermögen und Klassenkonferenzentscheidung wie bisher möglich.

**Das Aufrücken in den nächsten Schuljahrgang ohne Versetzungsentscheidung würde entfallen. Dies ist falsch:** Es bleibt beim Aufrücken; nur der Zugang in die Einführungsphase setzt die Teilnahme am Unterricht in der 2.Fremdsprache sowie die Einstufung in die Kurse auf höherem Anforderungsniveau voraus.

**Lernentwicklungsberichte würden durch Notenzeugnisse ersetzt. Dies ist falsch:** Die bisherigen Zeugnisbestimmungen werden nicht geändert, wonach Lernentwicklungsberichte in den Schuljahren 5 bis 8 und Notenzeugnisse in den Schuljahren 9 und 10 ausgegeben werden.

**„Haupt- und Realschülerinnen und -schüler“ der IGS könnten nicht mehr das Abitur nach dreizehn Schuljahren ablegen. Dies ist falsch:** Diese Schülerinnen und Schüler werden genauso gestellt wie die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule und Realschule. Sie erwerben den Schulabschluss, der zum Besuch der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe oder des Fachgymnasiums berechtigt, am Ende des 10. Schuljahrgangs. Nach drei weiteren Schuljahren erwerben sie das Abitur.

**Mit der Führung der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe im 10. Schuljahrgang würde der Schulabschluss am Ende des Sekundarbereichs I auf**

**den 9. Schuljahrgang vorgezogen. Dies ist falsch:** Am Ende des 9. Schuljahrgangs kann der Hauptschulabschluss, am Ende des 10. Schuljahrgangs der Mittlere Bildungsabschluss und am Ende des 12. Schuljahrgangs das Abitur erworben werden.

**Mit der Einführung des Abiturs nach zwölf Schuljahren an den Gesamtschulen wolle die Landesregierung die Integrierte Gesamtschule „zerschlagen“. Dies ist falsch:** In der Regel wird das Abitur an Gymnasien und an den Kooperativen Gesamtschulen bereits nach zwölf Schuljahren vergeben.. Obwohl in integrierten Gesamtschulen selbstverständlich auch Schülerinnen und Schüler mit „gymnasialem Leistungsniveau“ beschult werden, wird diesen Schülerinnen und Schülern systematisch ein Schuljahr länger vorgegeben, um die allgemeine Hochschulreife zu erwerben. Diese Ungleichheit gegenüber den Gymnasialzweischülerinnen und -schülern der KGS und den Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums soll abgeschafft werden. Die IGS hat sich insoweit nur denselben Voraussetzungen wie die KGS und das Gymnasium zu stellen. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, warum IGS-Schülerinnen und -Schüler die Möglichkeit haben sollen, mir besseren Startchancen in Bewerbungsverfahren in der Wirtschaft oder bei Numerus-Clausus-Fächern an den Universitäten gehen zu können.

Insgesamt kann ich mich des Eindruckes nicht erwehren, dass es hier im Grunde weniger um das Abitur und seine möglichen Auswirkungen geht, als darum eine allgemeine Unzufriedenheit und Unmut gegenüber der Schulpolitik der Landesregierung zum Ausdruck zu bringen und damit zusätzliche Unruhe in

unsere Schulen zu tragen.

**Martin Beck**

### Zur Europawahl

Am Sonntag, dem 7. Juni 2009, wird das Europaparlament neu gewählt. Zur Europäischen Union zählen rund 500 Millionen Menschen, davon sind 375 Millionen wahlberechtigt. Im Jahre 2004 nahmen 45,47% ihr Wahlrecht wahr (Deutschland: 43%). Zu vergeben sind 736 Sitze für die Zeit von 2009 bis 2014. (Deutschland: 99, Malta: 5, Frankreich: 72, Spanien: 50, Rumänien: 33, usw.) Im EU-Parlament gibt es sieben Fraktionen, in denen 177 nationale Parteien vertreten sind. Im Gegensatz zu Abstimmungen in den nationalen Parlamenten gibt es keine Fraktionsentscheidungen mit Fraktionsdisziplin. Für jede Lebensäußerung/Gesetz des Parlaments müssen immer neu Mehrheiten quer durch alle Fraktionen organisiert und gesucht werden. Das macht jede Abstimmung spannend. Ziel der Gesetzgebung ist es, gleiche Lebensbedingungen für die Bürger aller EU-Staaten zu schaffen. 15 % der Gesetze haben eine Ausführungsbestimmung. Bei 85 % der Gesetze beauftragen die Mitgliedsländer die Kommission, die Ausführungen zu definieren und zu erlassen (Kommitologieverfahren). Es gibt ca. 250 Ausschüsse mit rund 8000 Mitgliedern. Jeder Abgeordnete spricht auch im Plenum in seiner Landessprache. Es wird mit enormem Aufwand simultan übersetzt. (EU-Nachrichten online: [www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de))

Jeder EU-Abgeordnete erhält als monatliches Salär den gleichen Betrag wie seine Kollegen in den jeweiligen nationalen Parlamenten. Ab 63 Jahren hat er Anspruch auf eine Pension von 3,5% seines Gehaltes für jedes von ihm absolvierte Parlamentsjahr. Die Pensionssumme darf am Ende 70% des Gehalts nicht überschreiten. Die Parlamentarier zahlen EU-Einkommenssteuer, die Reisekosten werden nach Einzelnachweis abgerechnet. Das Parlament übernimmt die Kosten für das Büro und die Büroangestellten der Abgeordneten. Die EU hat in Brüssel, Luxemburg und Straßburg 5093 unbefristete und 988 befristete Angestellte. Die Verdienstmöglichkeiten sind durchaus lukrativ. Wäre es anders, bekäme man zwar viele Leute, aber wenige Experten.

In über 3000 Büros nehmen rund 15 000 Lobbyisten ihren Einfluss auf Kommission, Parlamentarier und Beamte wahr.

Der EU-Haushalt wird zwar gerne als bürokratisches Monster beschimpft, in Wahrheit ist er aber ein Transferhaushalt von im Jahre 2009 120 Mrd. €. 90 % der Einzahlungen der EU-Staaten fließen in diese zurück. Verwaltungskosten und Gehälter betragen 2007 5,9 % und 2008 6 % des Gesamtvolumens.

Der EU-Rat vertritt die Staaten und Regierungen. Alle EU-Gesetze bedürfen seiner Zustimmung. Sonst läuft nichts. Das Europäische Parlament gewinnt zunehmend an Einfluss und vertritt die Interessen der EU-Bürger aus den Mitgliedsstaaten. Die Europäische Kommission exekutiert dann die Beschlüsse der EU und vertritt sie nach außen.

Worin bestehen die Kompetenzen des EU-Parlaments?

- In der Mitentscheidung bei der Gesetzgebung (mit Vetorecht).
- In der Kontrolle der EU-Kommission (27 Mitglieder).
- In der Haushalts- und Finanzplanung.
- In der Zustimmung zur Erweiterung der EU durch neue Beitrittskandidaten.

Die Gesetze der EU erfolgen in Form von „Verordnungen“ (ausformulierte Gesetze) und „Richtlinien“, die in nationale Gesetze umgesetzt werden müssen. Wer in Deutschland über EU-Gesetze und „Brüssel“ schimpft, muss wissen, dass Deutschland vorher diesen Gesetzen zugestimmt hat (wenn auch unter verschiedenen Regierungen im Laufe der Zeit).

Nachdem die EU-Verfassung gescheitert war (Irland), erwarb sich unsere Bundeskanzlerin An

gela Merkel das Verdienst, im so genannten „Lissabon-Vertrag“ die gesetzlichen Grundlagen der EU gerettet zu haben. Irland, Polen, Tschechien und Deutschland (muss Bundesverfassungsgerichtsurteil abwarten) haben diesen Vertrag noch nicht ratifiziert.

England, Tschechien und andere wollen keinen „EU-Staat“. Deshalb wurden Europafahne und -hymne nicht in den Vertrag aufgenommen. Aber: Sie wurden im dazu gehörenden Protokoll vermerkt und sind somit doch gültige Symbole.

Bei der Europafahne bleibt es bei den 12 Sternen. Sie vertreten nicht, wie in der USA-Flagge, die einzelnen Mitgliedsstaaten. Die Zahl 12 steht für ein christliches Vollkommenheitsideal: 12 Apostel, 12 Tore des himmlischen Jerusalem, Gottesmutter Maria mit 12-Sternen-Kranz. Wenn schon der christliche Gottesbezug nicht in die Präambel gelangte (Frankreich war dagegen), dann beinhaltet die Europafahne immerhin ein christliches Symbol mit hohem Anspruchsniveau.

Wer generell die Sinnhaftigkeit der EU bestreitet, muss sich angesichts der globalisierten Weltwirtschaft vor Augen halten, dass sich neue starke Wirtschaftsblöcke bilden (ASEAN, Südamerika, Nordamerika). Dort strebt man in Konkurrenz zum Euro zu übergreifenden Währungen auf Weltregionsebenen. Das Jahr 2012 wird hierbei genannt. Nationale Wirtschaften sind zu klein, um sich gegen diese Wirtschaftsblöcke allein zu behaupten. Ein Zurück in die Vor-EU-Zeit gibt es also nicht. Wer der EU-Wahl fern bleibt, gibt damit auch seinen Einfluss darauf preis, welche Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen

sich im EU-Parlament durchsetzen. Gesellschaftliche Randgruppen werden eifrig ihre Parteien wählen. Diese sind dann überproportional im EU-Parlament vertreten, wenn die Wähler der großen Volksparteien zu Hause bleiben.

**Dr. Martin Hohmann**

### **Zum Thema Infostände**

Die Infostände finden im Allgemeinen ab 9:00 Uhr bis circa 12:00/13:00 Uhr (je nach Wetter und Zulauf) auf dem Wochenmarkt in Langenhagen und/oder in den Elisabeth-Arkaden statt. Mitwirkende sind stets willkommen. Die genauen Zeitpunkte und Orte werden per E-Mail bekannt gegeben. Wenn Sie in den Verteiler aufgenommen werden wollen, melden Sie sich bitte per E-Mail bei [eckartjakob@aol.com](mailto:eckartjakob@aol.com). Oder Sie fragen vor dem jeweiligen Termin telefonisch beim Ortsverbandsvorsitzenden nach unter 0179 / 59 30 821.

### **Impressum**

**V.i.S.d.P.:** CDU-OV Langenhagen

**Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Dr. Martin Hohmann, Dr. Eckart Jakob, Martin Beck, Marco Zacharias

**Satz u. Layout:** Marco Zacharias

**Gerne veröffentlichen wir Ihre Beiträge.**

*Mail an:*

*[marco.zacharias@htp-tel.de](mailto:marco.zacharias@htp-tel.de)*

### **Zu guter Letzt**

*„Wir sind dazu aufgerufen, uns auf die christlichen Grundlagen Europas zu besinnen, indem wir ein demokratisches Modell der Herrschaftsausübung aufbauen, das durch Versöhnung eine Gemeinschaft der Völker in Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Frieden entstehen lässt, das zutiefst in den christlichen Grundwerten verwurzelt ist.“*

Robert Schuman, frz. Politiker und „Vater Europas“ (1886-1963)

Der nächste Kurier erscheint im Juli. Bis dorthin wünscht Ihnen der Ortsverbandsvorstand einen angenehmen Sommerbeginn.

**Dr. Eckart Jakob und  
Marco Zacharias**